



23. November 2022

Postulat

von Fraktionen SP, Grüne und AL

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Festsetzung der Minimal- und Maximaltarife für Subjektsubventionen in der Verordnung über die Kinderbetreuung (referendumsfähiger Beschluss des Gemeinderats) und nicht in den Anhängen (Kompetenz Stadtrat) geregelt werden kann.

Begründung: Minimal- und Maximaltarife für Subjektsubventionen haben weitreichende Folgen für die Haushalte, die Angebote der von der Stadt unterstützten familienergänzenden Kinderbetreuung nutzen. Es betrifft insbesondere die Tarife für subventionierte KiTa-Plätze und die über die Mittagsbetreuung in der Tagesschule hinausgehende schulergänzende Betreuung. Das Postulat soll zusammen mit den Postulaten zur Anpassung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung VOKB 410.310 - insbesondere 2020/45 und 2022/516 - geprüft und – falls möglich – bei der Ausarbeitung der mit Frist vom 28. Oktober 2023 vom Stadtrat einzureichenden Vorlage zu den Motionen 2020/35 und 2020/44 berücksichtigt werden.

Ul. Betschmann